

Dann die links, die Unabhängigen, die Sozialisten und Kommunisten, die sagen: Alles was da ist, das müssen wir abbrechen, zusammenbauen. Sie wollen den Teufel mit Beilhack abtreiben und wenn alles niedergeboren ist, auf den Trümmern den Zukunftsaufbau auf genossenschaftlicher Grundlage aufbauen; der Friede soll allüberall Einkehr halten, auch in den Herzen der Deutschen. Diejenigen, die so reden, verlassen sich auf die Gewalt der Revolution, die im Osten begann, über unsere Grenze geschloß wurde und nun ihren Weg nach Frankreich, nach England und Amerika nehmen werde. Diejenigen, die so reden, hängen einem Kinderglauben nach wie damals, als zu Beginn der Revolution die französischen und englischen Kriegsschiffe in einigen Tagen mit roten Wimpeln in den Kaiser Häfen einfahren. In Stuttgart hat man am Tag des Ausbruchs der Revolution überheißungsvolle Reden gehalten und die Volkerverbrüderung als eine bombastische Wahrheit verkündet. Als ob in einem hegreichen Volke, das sich am Ziele seiner Wünsche sieht — die Engländer an der Beiräumung des deutschen Handels, die Franzosen an der Niedergerungung (Sach-Körtern) — noch Platz wäre für Hoffen und Kommando! Und trotzdem hören wir immer wieder diese Gedanken ausbrechen. Diejenigen, die so reden, sagen einem Traumgebilde nach.

Was wird das Richtige sein? Es wird in der hohen Wahrheit genau so geben, wie im alltäglichen Leben: Die Wahrheit wird in der Mitte liegen. Notwendig wird sein, mit dem zu rechnen, was vorhanden ist, aufzubauen den deutschen Volk, der überläßt die Trümmern der Revolution. Wir müssen diese Trümmer abräumen, Bausteine sammeln und prüfen, wo sie verwendet werden können, um mit anderen zu einem Neuen verwendet zu werden, der Licht, Luft und Sonne in der Zukunft zu bieten vermag. Das ist der Weg, den die Deutsche demokratische Partei gehen will, den Weg der Mitte und des Ausgleichs.

Biel wird darüber geredet, was für Deutschland das Richtige sei, ob wir die Demokratie ertragen können, oder ob es nicht zweckmäßiger wäre, durchzugehen durch das Rätesystem. In überfüllten Versammlung hält Clara Zetkin Rede mit dem Thema: Demokratie oder Rätesystem. Zwei sich gegenüberstehende Begriffe treten uns dabei entgegen. Während Demokratie die Herrschaft der Mehrheit über die Minderheit bedeutet, anfangs das freie Wahlrecht, leben wir im Rätesystem die von Kaufmann übernommene Staatsform der Herrschaft der Minderheit über die Mehrheit, die Vernichtung des Mittelstandes, Ausschleiden des Mittelstandes und des Bürgertums, wie bei den Wahlen zur Sowjetrepublik zutage trat. Die im Rätesystem verkörperte Diktatur einer Minderheit der Minderheit über die Mehrheit ist verneint, gleichviel, ob sie von einer Partei oder Klasse ausgeht wird.

In der Folge zeigte Redner anhand der Tatsachen, wie sich Demokratie und Rätesystem unterscheiden. Über die Entwicklung der Staatsform von der absoluten Monarchie bis zum reinen Volksstaat, in welchem das Volk sich selbst seine Verfassung, seine Regierung gibt, die Wahrung nach außen des langweiligeren oder schwereren Vermögens, allmähliche Milderung zur Ruhe und Ordnung und zur Arbeit. Im Rätesystem dagegen, war ein Bild auf Russland zeigt, ein großer Leichenstein, Vernichtung von Industrie und Handel, Ausrottung des Mittelstandes, der Bauernstand am Rande der Bergeweltung, Entvölkerung blühender Städte — Petersburg mit ehemals 1,5 Millionen Einwohnern zählt heute nur noch 300.000 — Hunger und Pestilenz greifen durch das Land. Durch die Abschaffung des Privateigentums ist in Russland heute niemand glücklich mit Ausnahme von einigen Sowjetgewaltigen. Und trotz dieses Zusammenbruchs der Sowjetrepublik, trotz des Wahnsinns von Ungarn, der Enttäuschungen des Münchener Weisheitsmordes erboben heute Kaulende unserer deutschen Brüder vom Rätesystem eine bessere Zukunft. Es erhebt sich die Frage, ob nicht diese Hoffnung tragen und gefügt wird von ungeschulten Forderungen und unerfüllten Wünschen. Der Gedanke an das Rätesystem hat in Deutschland einen mächtigen Antrieb erhalten aus politischen, physischen und seelischen Gründen. Die Ueberlastung und Ueberfüllung der Köpfe und seelischen Kräfte, die Ueberzahl der Feinde, die Hungerplage haben schließlich unser Volk körperlich und seelisch zusammenschließen lassen.

Es wird so gerne gesagt, die Heimat hätte das Meer im Rücken erblickt. Mit diesem Schlagwort ziehen die Redner der Rechten landauf landab, ob sie nun draußen waren oder nicht. (Hört: Hindenburg sagte es!) Hindenburg hat es nicht selbst gesagt; er erkannte es von einem englischen General. Im Jahre 1917 hat Österreich-Ungarn erstmals den Versuch gemacht, auf Kosten Deutschlands zu einem Sonderfrieden mit Frankreich zu gelangen; von da ab war es unzuverlässig und kein sicherer Bundesgenosse mehr, wenn irgend etwas war, mußten die Deutschen heranziehen. Dann kam der Zusammenbruch von Österreich-Ungarn, Bulgariens und der Türkei: Es war ein Fehler, daß man dem deutschen Volke die Wahrheit nicht sagte, es in dem Glauben ließ, wir seien noch frei. Die Ueberzahl der Feinde hat uns erdrückt und die Dungenplage zerstört. Nach dem Zusammenbruch der Front kam im Inneren die Revolution, welche den moralischen Zusammenbruch herbeiführte. Die bis dahin herrschende Klasse verlor wie ein ledergewordenes Schiff im Meer; sie brach zusammen wie ein Karrenbaum.

Redner führte aus, wie an deren Stelle die Sozialdemokratie, welche bisher Oppositionspartei war, das Stenerruder ergriff, ohne aber für den Rassen gegebenen Berührung, das Paradies auf Erden zu schaffen, vernünftigen zu können. Sie mußte mit bürgerlichen Parteien eine Koalitionsregierung bilden, wodurch ein großer Teil ihrer Anhänger in die Reihen der Unabhängigen, der Sozialisten und Kommunisten abwanderte, die ihr Verrat an der heiligen Sache des Erfurter Programms vorwarfen. An dem klar umrissenen Programm der Unabhängigen leben wir den Weg, der uns aus der trostlosen Gegenwart herausführen kann. Die rechts von uns müssen sich legen, daß die Zeiten vom August 1914 unwiederbringlich verloren sind, aber auch jene Tage vom November 1918 dürfen nicht wiederkehren, ebensowenig eine Monarchie, das würde Ströme von Bürgerblut kosten.

Anschließend daran ging Redner zum Vertriebsvertrages über, an dessen Zustandekommen die Deutsche demokratische Partei mitwirkte und von dem er sich vieles Gute verspricht, obwohl man bei der Rechten gegenteiliger Ansicht ist. Von rechts der werde immer gesagt, man müsse der gegenwärtigen Regierung so viel wie möglich Schwierigkeiten bereiten, dann komme eine radikale Regierung von links, die nur wenige Tage dauere, wenn diese radikale Regierung abgewirtschaftet habe, dann werde eine bessere Zeit anbrechen. Er wolle sagen, daß dieses Abwärtstreiben auf Kosten des Mittelstandes gebe und daß nach diesem Abwärtstreiben überhaupt nicht mehr übrig sei, womit man den Aufbau bewerkstelligen könne. (Schluß folgt.)

Württemberg.

Stuttgart, 6. März. Die große Protestversammlung der Wirte. Am 10. März, nachmittags 1 Uhr, findet hier im Konzertsaal der Theaterhalle eine allgemeine Wirtenschaftsversammlung der Wirte Württembergs statt. Es soll zu den Ausschussvorsitzenden für Most und besonders zu der Verfügung des Ernährungsministeriums über die Höchstpreise für Wein vom 30. Jan. d. J. Stellung genommen werden. Vertreter der Regierung und der verschiedenen Parteien sind zu der Versammlung eingeladen. **Göppingen, 6. März.** Die Arbeitslosigkeit der Kattlandarbeiter. Im Gemeinderat gab Maximal Nobel einen Bericht über die Arbeitslosigkeit der Kattlandarbeiter. Unter Zugrundelegung des Stundenlohnes von 1.50 Mark bis 3 Mark für den Kubikmeter stellen sich die Kosten für Transport von

aufgehobenem Boden auf das 19- bis 18fache des Friedenspreises und die Arbeitsleistung erforderte den Aufwand des 2,7 bis 3,1fachen der normalen Arbeitsleistung. Der Raumlautdruck in der Friedenszeit 350 Mark folgte, steigerte sich auf 24 Mark, dabei war das Lohnverhältnis (nach der Mehrerhebung) aber noch. Die älteren Arbeiter klagten, daß die jüngeren Leute vielfach absichtlich weniger leisten. Kamentlich bei den Erdarbeiten in der Hohenstaufenstraße machte sich diese passive Resistenz bemerkbar. An anderen Orten hat sich jedoch die Arbeitsleistung im letzten Vierteljahr gehieft.

Mieglingen, 6. März. (Holzerlöse.) Die heutigen Stammholzverkäufe brachten der Stadt eine Einnahme von annähernd 1,5 Millionen Mark gegen 125 000 Mark im Vorjahr. Mit dieser gewaltigen Summe sollte man meinen, könnte man manches Gutes anstellen, das der Krieg und die teure Zeit erschlagen.

Wiblingen, 6. März. (Ein Baumstreich.) Auf der Kaserne wurde kürzlich in der Nacht ein in Feldweidensystem geleiteter Mann, der um einen Borstpann bat, weil er für die Maschinenführer-Abteilung ihm heimlich einen Wagen gekauft habe. Der angeklagte Feldweid erbielt nun ein Pferd, ist aber mit diesem nicht mehr zurückgeführt. Das erscheinende Pferd hat einen Wert von 15-20 000 Mark.

Waldsee, 6. März. (Wohnungsglücksfälle.) Drei schwere Unglücksfälle sind in den letzten Tagen an der Bahn passiert: Ein Mann (Eisenbahnbediensteter von außwärts), der für seine Familie etwas Lebensmittel „erkaufte“ und sich von einem Landjäger verfolgt glaubte, kam, während der Jagd einlief, dem Vieh so nahe und unter dieäder, daß wurde ihm der Kopf abgetrennt. Ein unbekannter Mann hat sich in der Nähe von Aulendorf vor einem heranfahrenden Zug in selbstmörderischer Weise auf die Schienen gelegt. Er wurde eine Strecke weit geschleift und schwer verletzt in die Station gebracht. — Ein Eisenbahnfahrer soll in Aulendorf tödlich verunglückt sein.

Baden.

Börsenbude, 3. März. Dieser Tage (nach der Jagdaufheber ein Wildschwein im Gewicht von 300 Pfund. Da er es nicht sofort wegrtragen konnte, ließ er es bis zum nächsten Morgen liegen, doch als er kam, war das Schwein verschwunden. Bis jetzt konnten die Fähr nicht ansichig gemacht werden.

Dinglingen, 6. März. Um der Wohnungsnot zu fruern, übernimmt die Gemeinde das Anwesen und die Einrichtung der Grottenbrauerei zum Preise von 200 000 Mark. In dem Gebäude sollen Wohnungen errichtet werden. Die Maschinen will man verkaufen.

Wiblingen, 6. März. Die Leiche der ermordeten Frau des Tagelöhners Jäger ist im Forstwald aufgefunden worden. Der Zustand der Leiche war schwerlich und man gewann den Eindruck, als ob Wunden durch den eigentlichen Todschlag vorangegangen sind.

St. Blasien, 6. März. Die Samterfabriken einer Reihe norddeutscher Kaufleute, die sich im Sommer v. J. in St. Blasien aufhielten, fanden jetzt vor dem Schöffengericht ein Nachspiel. Einer der Kaufleute erhielt sechs Wochen Gefängnis und 3000 Mark Geldstrafe. Die übrigen, auch die Landsleute, die Futter, Eier usw. an die Kaufleute verkauft hatten, erhielten Geldstrafen von 100 bis 500 Mark.

Handel und Verkehr.

Niedermarkt, Württemberg hat gegenwärtig den zweifachen Vorzug, die höchsten Festpreise im Reiche zu bezahlen, die in Bayern nur zwei Drittel dessen betragen, was bei uns angelegt werden muß, nämlich etwa 200-250 gegen 300-350 Mark für ein gutvermitteltes Tier. Der Viehhandel leidet immer noch schwer unter der Maul- und Klauenseuche, wozu noch die Ablieferungsverpflichtung an die Entente kommt. Pferde sind unerdienstlich teuer und haben wieder angezogen. Selbst Schlachtabfälle kosten etwa 2000 Mark, Fellen 5000 bis 8000, Ältere, schon müde Arbeitspferde 4000 bis 8000 Mark, jüngere gute 8000 bis 16 000 Mark.

Neuere Nachrichten.

München, 7. März. Heute Mittag landten aus dem Zehnbochplatz und vor der Feldherrnhalle Kundgebungen statt, die sich hauptsächlich gegen die Ausweisung der Bevölkerung durch Schweizer, Buren und ausländische Juden richteten. Die demonstrierende Menge wurde am Ministerium des Innern von Abteilungen der Polizeiwehr und Reichswehr aufgehalten und räumte den Platz, nachdem Vorhansmitglieder vom Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbund, die inzwischen beim Minister Endres vorstellig geworden waren, beruhigende Erklärungen abgegeben hatten.

Berlin, 8. März. Die „Röfische Zeitung“ beginnt mit der Veröffentlichung von Aussagen aus den Erinnerungen des Grafen Bernhoff und sagt, wertvollstes geschichtliches Quellenmaterial enthält der Abschnitt, der den Versuch Wilsons im Winter 1916-17, Friedensverhandlungen zwischen Deutschland und der Entente herbeizuführen, darstellt.

Siegen, 8. März. Vier Landratsbeamte sind als Schlichter entsandt und verbastet worden. Sie haben monatlang Hunderte von Reimern amerikanisches Weizenmehl, das für die Bevölkerung der Siegerer Bezirke bestimmt war, veräußert.

Wien, 7. März. In der Nacht zum Samstag verhielten mehrere Männer am Krankenhaus in Stoferau, wo Bela Kun untergebracht ist, den Wächter zu beschauen, der zum Schein darauf einging, aber die Gendarmen verhandigte. Zugewiesenen waren die Männer in die Nähe des von Bela Kun bewohnten Pavillons gekommen. Beim Aufstehen der Gendarmen ergriffen sie die Flucht.

Innsbruck, 6. März. Die Deutsch-demokratische Gemeinschaft in Tirol ruft in den Innsbrucker Nachrichten das Tiroler Volk unter Hinweis darauf, daß es keine andere Aussicht auf Rettung vor vorläufiger Vernichtung gebe, zur Durchführung einer freiwilligen Volksabstimmung für den Anschluß Tirols an das Deutsche Reich auf.

Gang, 6. März. Die Erste Kammer nahm mit 62 gegen 9 Stimmen die Gesetzesvorlage über den Beitritt Dölands zum Völkerbund an.

Paris, 6. März. Nach dem „Journal“ sind gestern in Paris offizielle Nachrichten aus Vissoban eingetroffen. Hiernach hat die Aufstandsbeziehung keinen politischen Charakter.

Leihane, 6. März. Der Gewerkschaftskongreß für die Departements Nord und Pas de Calais ist gestern hier zusammengetreten. Da die von Paris gemachten Angelegenheiten als ungenügend erachtet wurden, wurde mit 164 gegen 14 Stimmen der Streik beschlossen. Die Arbeit in den Gruben von Leihane und Seray ist völlig eingestellt. Es freilich ungefähr 15 000 Mann.

London, 7. März. Offiziell wird erklärt, die Alliierten hätten der Türkei eine in bestimmtem Ton gehaltene Note überreichen lassen, der, wenn nötig, die schärfsten Maßnahmen folgen sollen. Großbritannien brauche keine Truppen aus England zu schicken, da es in der Nähe der Türkei genügend verfügbare Truppen habe.

Sofia, 7. März. In einem Theater wurde während eines Vortrages eine Gaskammer unter der Bühne zur Explosion gebracht. Dabei wurden vier Personen getötet und 12 verletzt.

Washington, 7. März. Der Staatssekretär der Marinekomites verlangt von der Marinekommission des Repräsentantenhauses die Erhöhung des Bauprogramms des Kriegsmarine für den Fall, daß der Friedensvertrag nicht in der nächsten Session des Kongresses ratifiziert werden sollte. Sollte der Vertrag ratifiziert werden und der Völkerbund seine Existenz beginnen, so wäre es für die Vereinigten Staaten nicht nötig, eine große Flotte zu schaffen.

Paris, 6. März. Mit der Rückkehr der Kriegsgefangenen nach Deutschland erhält der französische Arbeitsmarkt ein sich täglich änderndes Bild. Besonders in der französischen Land-

wirtschaft, wo sehr viele deutsche Gefangene beschäftigt wurden, macht sich der Arbeitermangel jetzt im Frühjahr besonders angenehm bemerkbar. Die Bauern können Ertrag für die Gefangenen nicht finden, da zu den niedrigen Löhnen niemand arbeiten will. Die Folge wird sein, daß die landwirtschaftlichen Produkte erheblich verteuert werden.

Paris, 7. März. Die französische Regierung hat ihren Delegierten in London ihre Instruktionen bezüglich des wirtschaftlichen Memorandums überhandt. Diese Instruktionen, die sich namentlich darauf beziehen, daß es Frankreich unmöglich sei, irgend eine verbüllte Revision des Verfallens Vertrags oder eine Verminderung der Befugnisse der Weibergumachungsmission anzunehmen, haben erreicht, daß an dem ursprünglichen Text des Memorandums einige Änderungen vorgenommen wurden. Andere kleinere Änderungen sind von den Delegierten verlangt worden. Die diesbezüglichen Unterhandlungen werden fortgesetzt.

Ein peinlicher Zwischenfall.

Berlin, 7. März. Zu einem schweren Zusammenstoß kam es in der vergangenen Nacht im Hotel Adlon zwischen dem Prinzen Joachim Albrecht von Preußen, einem Sohne des Prinzen Albrecht, sowie anderen deutschen Gästen und drei Mitgliedern der französischen Militärmission. Als die Kapelle „Deutschland über alles“ spielte, erhoben sich die drei deutschen Gäste, während die Franzosen sitzen blieben. Der Prinz erbielt bereits einige Gläsern Wein getrunken hatte, forderte die Franzosen zum Aufstehen auf. Da dieser Aufforderung keine Folge geleistet wurde, warfen der Prinz und andere Gäste Blumen, Geld, Gläser und sonstige Gegenstände nach den Franzosen. Es kam zu Tätlichkeiten, bei denen die französischen Herren Balen und Quetschungen davontrugen. Der Prinz wurde aus dem Hotel entworfen. Der Vorfall wird jedenfalls ein gerichtliches Nachspiel haben.

Berlin, 7. März. Der Reichswehrminister hat verfügt, daß Prinz Joachim Albrecht von Preußen und Mithhaber von Stolten, der gleichfalls an dem Zwischenfall im Hotel Adlon beteiligt war, vorläufig in Schlußhaft genommen werden.

Berlin, 7. März. Prinz Joachim Albrecht von Preußen bekräftigt telefonisch dem W.L.W. gegenüber, daß er in der gemeintesten Weise an dem Vorfall beteiligt gewesen sei. Er habe in Gesellschaft anderer Persönlichkeiten in einer Ecke gesessen und habe den Verlauf des Zwischenfalls nicht einmal verfolgen können, weil zwischen seinem Tisch und dem Tisch der französischen Gäste eine höhere Anzahl Personen sich aufgestellt hatte. Nach und er ferner, Gegenstände geworden.

Die „Kreuzzeitung“ spricht von einem unliebsamen Ausschuss und meint, die Angelegenheit bedürfe noch näherer Aufklärung. — Der „Vorwärts“ schreibt, daß es in einer Berliner Arbeiterzeitung nicht zu einem so widerwärtigen Skandal hätte kommen können. — Die „Berliner Morgenpost“ sagt, die einseitige Wahrung der zühändigen Stellen verdone ernste Bedeutung.

Vor der Abstimmung in Schleswig.

Gestern fand die letzte Versammlung der Schleswig-Deutscher Groß-Berlin vor der Abstimmung in der zweiten Zone statt. Außer dem Mitglied der deutschen Volkspartei, Mundt, trat Graf Ernst Reussenlow als Redner auf.

In Schleswig wollten gestern die Dänen noch einmal ein Verstehen abhalten lassen. Bis in die späten Nachmittagsstunden hin war in der Großen Straße fast jeder Verkehr unmöglich. Kopf an Kopf wogte die erregte Menschenmasse. Unablässig wurden patriotische Lieder gesungen. Die Dänen brachten es nicht zu einer Demonstration, zu der sie umfängliche Vorbereitungen getroffen hatten. Sie gewannen, wie die Morgenblätter berichten, den Eindruck, daß die Schleswiger deutsch bleiben wollen.

Zur Reichspräsidenten-Kandidatur Hindenburgs.

Berlin, 7. März. Die rechtsstehende Presse, die gestern einstimmig verkündete, daß Hindenburg eine Kandidatur für die Reichspräsidentenwahl anzunehmen geneigt sei, begrüßt in den heutigen Morgenblättern diesen Entschluß auf das lebhafteste. Hindenburg wird von der „Deutschen Tageszeitung“ als Helfer begrüßt. Seine Kandidatur biete dazu noch den unschätzbaren Vorteil, keine Parteiabstimmung zu sein. Die liberale „Röfische Zeitung“ weist darauf hin, daß der frühere Staatsminister von Köbel, als Präsident des Reichspräsidentenrates, ein Telegramm an die Nationalversammlung gerichtet habe, worin, ohne daß der Name Hindenburg genannt wird, für die Wahl des Reichspräsidenten, die keine Parteiabstimmung sein dürfe, die Wahrung des Burgfriedens gefordert wird. Der „Röfischen Zeitung“ erscheint es jedoch unzulässig, vor einer ausgeprochen politischen Wahl den Burgfrieden nicht zu stellen. Sie hält die Kandidatur für sehr bedenklich. Der „Vorwärts“ lehnt sie ab. Das Ausland würde eine Präsidentschaft Hindenburgs als Herrschaft der alten und neuen Nobil- und Militärkaste auffassen, und das würde das Ende der gewaltigen Bewegung zur Revision des Friedensvertrages bedeuten, die jetzt im Ausland täglich an Kraft gewinnt.

Berlin, 7. März. Zu der Kandidatur des Generalfeldmarschalls von Hindenburg als Reichspräsidenten schreibt der „Deu. Volkswort“: Dieser Entschluß legt dem deutschen Volke eine neue Dankeschuld gegenüber dem Feldmarschall auf. Der Gedanke an eine Kandidatur muß für einen Mann besonders schwer fallen, der von jeder es abgelehnt hat, sich legend einer Partei anzuschließen.

Der „Vorwärts“ läßt sich sehr scharf gegen den „Hindenburg-Kommunismus“ aus und sagt, seit dem Juli 1914 sei nicht schlimmer mit dem Schicksal des deutschen Volkes gespielt worden als durch ihn.

Die „Röfische Zeitung“ meint, die Aeußerungen aus beiden Lagern der Sozialdemokratie zeigten zur Genüge, wie der Burgfrieden ausfallen werde, von dem bei der Bekanntheit der Kandidatur gebrochen worden sei.

Der amerikanische Senat und der Friedensvertrag.

Washington, 8. März. Mit 46 gegen 25 Stimmen stimmt der Senat neuerlich dem Vorbesatz zum Friedensvertrag zu, nachdem die Vereinigten Staaten es ablehnen, an den Aufgabes des Völkerbundes ohne Zustimmung des Kongresses der Vereinigten Staaten miltreten zu lassen.

Wilson zu der Adriafrage.

Washington, 8. März. In seiner Antwort auf die letzte Note Lloyd Georges und Millardens über die adriatische Frage wiederholt Wilson, daß die Vereinigten Staaten die Inkraftsetzung der Bestimmungen des Londoner Paktes nicht billigen können, es sei denn, daß sie die Ueberzeugung erhalten könnten, daß diese Bestimmungen im wesentlichen annehmbar und so geschehen seien, daß sie die Aufrechterhaltung des Friedens im südpolitischen Europa nicht schädigen könnten. Wenn Italien und Jugoslawien auf einen Vorrückstand verzichten und die Oberhand über die Stadt Triente dem Völkerbund übertragen wollten in der Weise, daß weder Italien noch Jugoslawien die Kontrolle über die Stadt beanspruchten, so seien die Vereinigten Staaten damit einverstanden, daß die beiden Staaten in einem Abkommen ihre gemeinschaftlichen Grenzen festlegten.

Briefkasten der Schriftleitung.

Meherere Calmbacher Bürger. Diese allgemein gehaltenen Unterschriften genügt nicht; die Schriftleitung, auf deren Verschwiegenheit Sie unbedingt rechnen können, muß wissen, mit wem sie es zu tun hat. Wenn wir eine Ausnahme von der Regel machen und das Eingekandt nicht dem Papierkorb überantworten, geschah es wegen der besondern Dringlichkeit des Falles und weil die Angelegenheit allgemeines Interesse beansprucht. In Zukunft aber, bitte, mehr Vertrauen zur Schriftleitung.

Oberhandwerks

Nachdem letztmalig verestamten Nattegründeten die Kalender hat im laufenden her Mitglieder auszuwählen zum Ertrag der verestamter und der a-

In Württemberg den sich in Stuttgart den Bezirk der Oberamtsbezirke Neuenbürg, Spödingen, Sigmaringen, in § 103 der Wohlordnung für gemeinlichen Vereinen Neuenbürg ihren Aufforderung, sich zur Föhung des Nachweises unter Nachweis der werter zur Beteiligung kammer beim Oberamt nach dem 20. April werden.

Der Nachweis der weiter ist durch Vorlesungen, in welchen dieser, die nicht als Oberbestimmungen des nachberechtigten Vereiner, insbesondere glich derjenigen der letzten Wahl 1911 und Handel als

Wiederumgebung Neuenbürg, Spödingen, Sigmaringen, Trossingen und Desloerbezirk, Gewerbevereinen dieser Vereinigungen Aufforderung zum Mitgliedszahlen zu.

Von den Vereinen und Abteilungen solcher sich auf mehrere Oberbestimmungen, sind die innerhalb dieser nachgetrennt aufzuführen, bezirk umfassenden Oberamt des Sitzes, abteilung zu erfolgen allgemeinen Anforderung

Den 6. März 1919

Oberhalb

1. Durch Verfügung Rüberaufbringung mit daß die Häute der Rezer zur Schlachtan den Kommunalverbänden Kommunalverbände haben. Die Auseinandersetzung zwischen dem Oberamt und dem Oberamt, als Befehlsmittel aufgestellt.

Die Nichtablieferung durch den Reher ist wird zur Herbeiföhrung Behandlung der Häute werden.

Dem einzelnen von Kommunalverbänden innerhalb dieser Frist die Haut; er erhält sprechende Identifikationsstelle endgültig festgelegt.

Mit der Rückgabe vom Reich festgelegte bezüglich der Kälder früheren Güntehochstanzubehörenden Kalb in der Weise geschaffschlung durch die Fölung zu Gunsten des Mecht zu 120 Pfund L nicht 30 A beträgt, lehnung des Mehgersliche Behandlung der

II. Mit dieser alles, was er billige hat keinen besonderen vielmehr dem Tierhalt für sich verbrauchen e darf er dies nur dem dann die entsprechenden nicht sich nach den den Häutfraktion.

III. Wegen der Föhlung der Kalbfleischmachung.

Die (Stadt-)Sch bald ersichtlich bekannt.

Den 5. März 1

